magazin

für beamtinnen und beamte

DGB

Maßnahmen gegen den steigenden **Krankenstand**

Cyber-Sicherheit
Klaus Vitt im Interview

Debatten und Pokale
Bericht vom Schöneberger Forum

Ausgabe 11/12 8.12.2016
www.dgb.de/beamtenmagazin

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt · IG BCE · EVG · GEW · ver.di

Jetzt
50,– Euro
Startguthaben[1]
sichern!

0,– Euro Bezügekonto[2] der „Besten Bank“

[1] Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto vom 18.04.2016 bis 30.12.2016, Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied sowie Abschluss Online-Kontowechselservice und 2 Mindestgeldeingänge je 800,– Euro in 2 aufeinanderfolgenden Monaten – innerhalb von 6 Monaten nach der Kontoeröffnung.
[2] Voraussetzung: Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.

- ✔ **Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst**
- ✔ **Einfacher Online-Kontowechselservice**

Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 189 (kostenfrei)
www.bbbank.de

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

INHALT

Titel
Maßnahmen gegen den steigenden Krankenstand 4

Schöneberger Forum 2016
Wunschzettel: mehr Personal, guter Nachwuchs, keine Befristungen 6

Aus dem Bund 9

„Zeitgemäße Cyber-Sicherheitsarchitektur"
Interview mit Klaus Vitt, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern 11

Aus den Ländern 12

Vermischtes 18

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,
Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack
Redaktion: Lisa Kranz, Alexander Haas,
Dr. Karsten Schneider
Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing:
INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte
Schulstr. 30 c, 67125 Dannstadt-Schauernheim
Telefon: 0211 72134571, Telefax: 0211 72134573
infoservice@beamten-informationen.de
www.dgb.de/beamtenmagazin
www.dgb.de/beamtenmagazinabo
Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen
Titelfoto: shutterstock.de/pathdoc
Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop
Erscheinungsweise: 10 mal im Jahr, im 23. Jahrgang
Jahresbezugspreis: 10,00 Euro inkl. Zustellgebühr
Jahresbezugspreis inkl. Ratgeber „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte": 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

Foto: DGB/Simone M. Neumann

Elke Hannack
Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Leserinnen und Leser,

der Winter ist bekanntermaßen Virenzeit. Grippe, Erkältungen und andere Erkrankungen nehmen dann stark zu. Der Anstieg der krankheitsbedingten Fehlzeiten der Beschäftigten in den Behörden des Bundes dagegen ist nicht nur jahreszeitabhängig. Laut kürzlich veröffentlichtem Gesundheitsförderungsbericht des Bundesministeriums des Innern fehlten die Beschäftigten der unmittelbaren Bundesverwaltung im vergangenen Jahr an durchschnittlich 20,25 Arbeitstagen wegen Krankheit. Gestiegen sei der Krankenstand in allen Bereichen, heißt es weiter. Ausschlaggebend für den Anstieg sind vor allem längere Erkrankungen. Damit wird deutlich: Die Beschäftigten werden zwischen Personalknappheit und wachsenden, sich stark wandelnden Aufgaben aufgerieben. Jahrzehntelanger Stellenabbau bei immer mehr neuen Aufgaben schlägt sich in permanentem Stress und hohen Krankenständen nieder. Der DGB will das ändern und wirkt deshalb bei der Ausgestaltung des Gesundheitsmanagements in der Bundesverwaltung mit. Im November ist die tatkräftig vom DGB mitgestaltete Handlungshilfe „Von der Analyse zur Umsetzung: Handlungsschwerpunkte und Maßnahmen im BGM" der Bundesministerien erschienen. Sie ergänzt das vor einem Jahr erschienene Schwerpunktpapier „Analyse im BGM". In beiden konnten wir partizipative, mitbestimmte und geschlechtergerechte Standards verankern, um Arbeit so umzugestalten, dass sie nicht krank macht. Mehr dazu in unserem Titelbeitrag.
Vor Ort wiederum sorgen viele engagierte Personalräte und Jugend- und Auszubildendenvertretungen dafür, dass die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst besser werden. Es freut mich sehr, dass einige von ihnen ihre Projekte wieder beim Schöneberger Forum vorstellen konnten und mit dem Deutschen Personalräte-Preis ausgezeichnet wurden. Darüber und über die Diskussionen beim diesjährigen Schöneberger Forum berichten wir ebenfalls im aktuellen Heft.

Viele Grüße
Elke Hannack

Maßnahmen gegen den steigenden **Krankenstand**

Der Krankenstand in der unmittelbaren Bundesverwaltung ist auf ein neues Allzeit-Hoch gestiegen. Erstmals hat er die Schallmauer von 20 Arbeitstagen durchbrochen. Welche Maßnahmen helfen, um Arbeit gesünder zu gestalten, zeigt eine neue Handlungshilfe der Bundesministerien auf. Der DGB hat sie tatkräftig mitgestaltet. Doch solche Handlungshilfen laufen ins Leere, wenn das Geld fehlt. Dort setzt eine neue Initiative des DGB an.

Von Alexander Haas

Foto: shutterstock.de/kurhan

Mitte November veröffentlichte das Bundesministerium des Innern (BMI) den Gesundheitsförderungsbericht 2015 der unmittelbaren Bundesverwaltung. Danach waren Beschäftigte der Bundesverwaltung im Durchschnitt an 20,25 Arbeitstagen im Jahr krank oder in Rehabilitationsmaßnahmen.

Pflichtprogramm: Gefährdungsbeurteilung

Um hier umzusteuern, setzen DGB und Gewerkschaften auf den Arbeitsschutz. Insbesondere der psychischen und physischen Gefährdungsbeurteilung kommt eine Schlüsselrolle bei der Gesunderhaltung der Beschäftigten zu: Nach dem Arbeitsschutzgesetz müssen auch öffentliche Arbeitgeber und Dienstherren systematisch ermitteln, was ihre Beschäftigten während der Arbeit gesundheitlich gefährdet. Außerdem sind Maßnahmen festzulegen und zu dokumentieren, mit denen die Gefährdungen beseitigt oder zumindest begrenzt werden. Später muss geprüft werden, ob sie auch wirken. Dabei sind alle Aspekte der Arbeit zu untersuchen, von Arbeitsstätten über Einwirkungen, Arbeitsstoffe, Arbeitsmittel bis hin zu Arbeitsmethoden, Arbeitsorganisation und Qualifikation der Beschäftigten. Es geht dabei auch um den Stress, der auf die Psyche wirkt.

Behörden halten Gesetze nicht ein

Soweit die gesetzliche Theorie. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin hat festgestellt, dass 26 Prozent der Arbeitgeber bzw. Dienstherren im öffentlichen Sektor gar keine Gefährdungsbeurteilung durchführen. Weitere 13 Prozent haben zwar begonnen, aber nicht alle Schritte von der Analyse bis zur Evaluation durchgeführt. Mit 43 Prozent führt ein Großteil der Behörden zwar alle Schritte durch, übersieht dabei aber vorgeschriebene Faktoren – wie zum Beispiel die psychischen. Nur 18 Prozent der Dienststellen und Betriebe im öffentlichen Sektor haben die Gefährdung so umfassend analysiert und bekämpft, wie es das Gesetz vorschreibt.

Kontrolle ist besser

Eine bessere Qualifizierung von Fachkräften für Arbeitssicherheit sowie der Betriebsärztinnen und -ärzte ist also überfällig. Doch das allein reicht nicht. So fordert die „Bundeskommission Beamtinnen und Beamte" des DGB in einem Beschluss vom Oktober, dass „auch effektive Mittel dienststellenübergreifender Kontrolle bis hin zu laufbahnrechtlichen Beurteilungsmaßstäben genutzt werden, damit Leitungskräfte ihrer arbeitsschutzrechtlichen Verantwortung gerecht werden." Dazu müsste in den Aufsichtsbehörden mehr eingestellt werden. Außerdem müsste in der öffentlichen Verwaltung in gleichem Maße kontrolliert und sanktioniert werden wie in der Privatwirtschaft.

Gesundheit ist ein Thema für alle

Doch die Gestaltung gesunder Arbeit ist nicht nur ein Thema für die Arbeitsschützerinnen und -schützer. Das neue Schwerpunktpapier „Von der Analyse zur Umsetzung: Handlungsschwerpunkte und Maßnahmen im Betrieblichen Gesundheitsmanagement" der Bundesverwaltung zeigt auf, wie mit Querschnittsthemen wie „gesundheitsförderliches Führungsverhalten", „Zusammenarbeit im Team" oder „gesundheitsgerechte Arbeitszeitgestaltung" auch diejenigen zur Gesundheit beitragen können, die für Personalentwicklung, Organisation oder Dienstrecht zuständig sind. Ebenso wie das bereits vor einem Jahr erschienene Schwerpunktpapier „Analyse im BGM der Bundesverwaltung" setzt die Handlungshilfe darauf, Personalräte frühzeitig und umfassend einzubeziehen und die einzelnen Beschäftigten zu beteiligen. Ein Ansatz, der auch bei der Erarbeitung des Papiers galt. So zeigte sich die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack im Spitzengespräch mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière im Herbst äußerst erfreut über die sozialpartnerschaftliche Art und Weise, mit der die Zentralabteilung seines Hauses den DGB an der Erarbeitung des Rahmenkonzepts zur Weiterentwicklung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) beteiligt. Neben der Unfallversicherung Bund-Bahn konnte der DGB tatkräftig an den Handlungshilfen mitarbeiten und empfiehlt Personalräten, Gleichstellungsbeauftragten und Schwerbehindertenvertreterinnen und -vertretern, diese zu nutzen.

Gesundheitsmanagement braucht Ressourcen

Doch was, wenn in der Behörde die Personaldecke so dünn ist, dass sich niemand um das Gesundheitsmanagement kümmern kann? Was, wenn sich die Dienststellenleitung ein Prestigeprojekt in den Kopf gesetzt hat und deshalb kein Geld für eine Beschäftigtenbefragung bleibt? Diese Frage stellten DGB-Vertreter Ende November im halbjährlich tagenden Konsultationskreis des BMI. Natürlich nicht ohne einen Vorschlag zu präsentieren: Ein gesonderter Haushaltstitel müsse her. Aus diesem sollten beispielsweise „Gesundheitskoordinatorinnen und -koordinatoren" in den Behörden und Kosten für zentrale Analysen und Konzeptionen finanziert werden. Unbeschadet davon soll die Praxis fortgeführt werden, dass auch Ausgaben aus anderen Töpfen der Gesundheit zu Gute kommen. Zum Beispiel wenn eine Schulung neben der Personalentwicklung auch der gesundheitsförderlichen Führung und Zusammenarbeit dient. BMI-Zentralabteilungsleiter Prof. Dr. Hofmann verwies auf die gute Zusammenarbeit im Demografiedialog der Bundesregierung und dem Ressortarbeitskreis Gesundheitsmanagement und dankte für das Engagement der Sozialpartner. Ein Schwerpunktpapier zu Zielen und Strukturen für die Umsetzung des BGM sei in diesen Gremien in der Erarbeitung. Thema werde dabei auch eine geeignete finanzielle Ausstattung sein, die für eine erfolgreiche Umsetzung sicher nötig sei. Gedanken an eine eigene Berücksichtigung in der Haushaltssystematik sei man gegenüber offen. Es werden im nächsten Jahr mögliche Regelungsvorschläge ausgelotet und vorbereitet.
Die Einrichtung fester Budgets ist eine wichtige Forderung der Gewerkschaften. Deshalb sind die Ankündigungen des BMI für den DGB ein erfreuliches Zeichen.

Schwerpunktpapier „Analyse im BGM"
www.dgb.de/-/OE1

Neues Schwerpunktpapier „Von der Analyse zur Umsetzung: Handlungsschwerpunkte und Maßnahmen im BGM"
www.dgb.de/-/QXB

Schöneberger 2016

FORUM

Wunschzettel:

MEHR PERSONAL GUTER NACHWUCHS KEINE BEFRISTUNGEN

Am 16. und 17. November 2016 war es wieder soweit. Der Deutsche Gewerkschaftsbund lud zum Schöneberger Forum nach Berlin. Das diesjährige Programm unter dem Motto „Zukunft der Arbeit im öffentlichen Dienst – menschlich, modern, mitbestimmt" versprach spannende Diskussionen zu den Folgen der Digitalisierung, über Instrumente für den Weg zur Work-Life-Balance und zu Handlungsmöglichkeiten des Personalrats gegen Befristungen im öffentlichen Dienst.

Mehrbedarf von 110.000 Stellen

Als Auftakt zur Fachtagung fragte Moderatorin Jutta Neumann im vollbesetzten Saal des Kosmos Teilnehmende nach ihren Wünschen für die Zukunft des öffentlichen Dienstes. Die Antworten kamen ohne zu zögern: mehr Personal, guter Nachwuchs, keine Befristungen! Fast zeitgleich mit dem Beginn des Forums veröffentlichte das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung die von ihm geförderte Studie „Aktuelle Entwicklungstendenzen und zukünftiger Personalbedarf im öffentlichen Dienst" von Dieter Vesper. DGB-Chef Reiner Hoffmann konnte das Forum also mit frischen Zahlen eröffnen.

Demnach fehlen im öffentlichen Dienst 110.000 Stellen, überwiegend in Kitas, in Schulen, bei der Polizei und in der Finanzverwaltung. Zugleich zeigen aktuelle Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit die Folgen des jahrzehntelang vorangetriebenen Personalabbaus auf: Arbeitsstress, Arbeitsverdichtung, hohe Krankenstände. Hoffmann forderte daher „eine zukunftsfähige Personalpolitik – dazu gehört eine bedarfsgerechte Stellenausstattung auf der Grundlage regelmäßiger Personalstrukturanalysen ebenso wie ein Ende der sachgrundlosen Befristungen." Zudem bedürfe es dringend einer Modernisierung der Personalvertretungsgesetze, damit die Beschäftigten Veränderungsprozesse besser mitgestalten können. Die Personalausstattung des öffentlichen Dienstes, hier vor allem den steigenden Teilzeitanteil und Bereiche mit Mangelverwaltung, nahm auch Professor Jörg Bogumil von der Ruhr-Universität Bochum in den Blick.

Die Novellierung der Personalvertretungsgesetze forderte DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann in seiner Eröffnungsrede.

Viele Details rund um die Arbeitszeit der Beschäftigten präzisierte Dr. Anne Marit Wöhrmann (BAuA).

Auf dem Podium diskutierten anschließend die Bundestagsabgeordneten Jörg Hellmuth (CDU), Frank Tempel (Die Linke) und Johannes Kahrs (SPD) sowie Martin-Sebastian Abel von Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen (Foto unten v.l.). Die staatlichen Aufgaben, die Personalsituation und die Finanzierungsgrundlagen standen dabei im Mittelpunkt. Die Moderatorin entlockte ihnen ein Destillat für ein mögliches Wahlprogramm: Hellmuth ließ sich überzeugen und sieht nun die Zeit gekommen für eine Novellierung des Personalvertretungsgesetzes. Für Tempel ist dies längst klar. Kahrs möchte im öffentlichen Dienst keine Befristungen mehr und Abel fordert, das Kooperationsverbot im Bildungsbereich müsse fallen.

Sichtlich interessiert nahmen die Podiumsgäste die Zwischenfragen aus dem Publikum auf.

„Um Arbeitszeit herum wird das Leben organisiert"

Wolfgang Pieper, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand, rückte mit seiner Feststellung, die Beschäftigten organisierten ihr Leben um die Arbeitszeit herum, die Folgen von Überstunden und entgrenzter Arbeit in den Fokus der Podiumsdiskussion des zweiten Veranstaltungstages. Zuvor hatte Dr. Anne Marit Wöhrmann von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) den Zusammenhang zwischen atypischen Arbeitszeiten beziehungsweise Flexibilitätsanforderungen und einer schlechten Work-Life-Balance beziehungsweise einem schlechten gesundheitlichen Zustand erläutert. Wöhrmann ist Mitautorin des im Oktober erschienenen „Arbeitszeitreport Deutschland 2016", für den 20.000 Beschäftigte befragt wurden.

Demnach würden 46 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ihre Arbeitszeit gerne reduzieren. Laut Report ist zudem der Anteil der Beschäftigten, die Überstunden von mehr als 10 Stunden in der Woche haben, im öffentlichen Dienst höher als in allen anderen Branchen. Als weiterer Podiumsgast sprach sich Hans-Henning Lühr, Staatsrat im Finanzressort der Freien Hansestadt Bremen, gemeinsam mit Pieper dafür aus, bei der Personalbemessung Zeiten für Fortbildung einzurechnen. Davon müsse man die Haushaltspolitiker überzeugen. Von den Gewerkschaften erwartet Lühr die Reklamation der Mitgestaltung der Digitalisierung. Zudem plädierte er für eine gerechte Umverteilung, um staatliche Aufgaben ausreichend zu finanzieren.

Überall treibt das Thema Personalbemessung derzeit die Beschäftigten um. Das machte ver.di-Vorstandsmitglied Wolfgang Pieper klar.

Berichte und Präsentationen, auch zu den einzelnen Fachforen, finden Sie im Internet unter **www.schoeneberger-forum.de**

Starkes Zeichen für Mitbestimmung

Wussten Sie, dass der Tarifvertrag NV Bühne zwischen dem Deutschen Bühnenverein und der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger dem Grunde nach 100 Jahre alt ist, den Besitz einer Kopfbekleidung vorschreibt und keinen Kündigungsschutz kennt? Der Personalrat hatte noch einige andere Fakten vom Badischen Staatstheater Karlsruhe zu berichten: keine Dienstpläne, Missachtung der Höchstarbeitszeit, usw. Letztlich hat das Mindestlohngesetz mit seiner Pflicht zur Dokumentation von Mehrarbeit dem Personalrat bei seiner Initiative geholfen, eine Arbeitszeiterfassung für das künstlerische Personal zu erkämpfen.

Erfreut ehrte DGB-Vize Elke Hannack diese Initiative mit dem bronzenen Deutschen Personalräte-Preis 2016 und zeichnete die Gemeinsame Arbeitsgruppe Personalvertretungen an den baden-württembergischen Unikliniken mit Silber und die Jugend- und Auszubildendenvertretung des Uniklinikums Düsseldorf mit Gold aus. Der Deutsche Personalräte-Preis ist eine Initiative der Zeitschrift „Der Personalrat" und wird gemeinsam vom Bund-Verlag und der Huk-Coburg verliehen.

DGB-Vize Elke Hannack (Mitte) überreichte den Trägern des diesjährigen Deutschen Personalräte-Preises Silber, Gold und Bronze (v.l.n.r.).

Fotos: Simone M. Neumann

Alle Preisträger und Nominierte unter **www.bund-verlag.de ▶ Zeitschriften ▶ Deutscher Personalräte-Preis**
Jetzt schon bewerben für 2017!

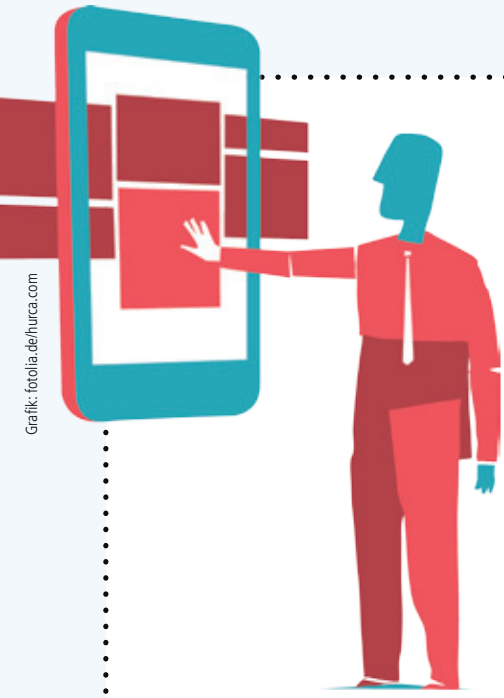
DGB

Das **RentenPlus**

Unsere Riester-Rente
mit dem zusätzlichen Plus
für Gewerkschaftsmitglieder

www.das-rentenplus.de

IG BCE EVG GEW ver.di



Grafik: fotolia.de/hurca.com

Digitale Verwaltung

Alle Leistungen in einem Bürgerportal

Ende November fand in Saarbrücken der Nationale IT-Gipfel statt. Abseits des Schwerpunktthemas „Digitale Bildung" machte auch der Portalverbund Schlagzeilen. BürgerInnen und Unternehmen sollen sich nicht mehr selbst im Dschungel unterschiedlicher Zuständigkeiten und Online-Angebote von Kommunen, Bund und Ländern zurechtfinden müssen. Durch entsprechende Verknüpfungen soll man zukünftig auch von der Seite der Gemeinde zu einem Online-Antrag bei einer Bundesbehörde finden – und umgekehrt. Die Mitwirkung der Länder dabei hatte sich der Bund zuvor im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen gesichert – im Gegenzug für das milliardenschwere Engagement des Bundes. Die dazu notwendige Grundgesetzänderung kommentierte Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) gegenüber der „Rheinischen Post" mit den Worten: „Wir müssen schneller und handlungsfähiger werden, über alle staatlichen Ebenen hinweg." Schon am 8. Dezember befasst sich das Bundeskabinett mit der Grundgesetzänderung und dem „Entwurf für ein Gesetz zur Verbesserung des Online-Zugangs zu Verwaltungsleistungen". Nach einer äußerst knappen Verbändebeteiligung von nur zwei Werktagen kritisierte der DGB Anfang Dezember, dass nach dem Entwurf der Bund den Ländern und Kommunen die Verwendung bestimmter IT-Anwendungen vorschreiben könne, eine entsprechende Mitbestimmung der Beschäftigten aber nicht vorgesehen sei. Von Seiten der Länder und Kommunen wurde ebenfalls Kritik an der Zentralisierung der IT-Gestaltung beim Bund laut. Auch von der Stimme der Gewerkschaften wird es abhängen, ob solche Kritik im föderalen Finanzpoker der kommenden Monate durchdringen kann.

Straßenverwaltung

Fernstraßenverwaltung rollt zum Bund

Auch hinsichtlich der Fernstraßenverwaltung geht der Poker zwischen Bund und Ländern in eine entscheidende Runde. Hier hatte sich der Bund im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzen die Zustimmung erhandelt, dass durch eine Grundgesetzänderung den Ländern die Auftragsverwaltung für Bundesautobahnen und autobahnähnliche Bundesstraßen entzogen werden soll. Nach dem nun vorliegenden Entwurf für eine Verfassungsänderung und ein Begleitgesetz soll sie an eine „Infrastrukturgesellschaft Verkehr" (IGV) des Bundes übertragen werden, die in „unveräußerlichem Eigentum des Bundes" steht. Um den Überlegungen des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble (CDU), bis zu 49,9 Prozent der IGV an Privatinvestoren zu veräußern, einen Riegel vorzuschieben, forderte der DGB in seiner Stellungnahme Anfang Dezember, die Formulierung aus der Thüringischen Protokollnotiz zur Einigung beim Länderfinanzausgleich ins Grundgesetz zu übernehmen. Das rot-rot-grün geführte Bundesland hatte auf ein „unveräußerliches und vollständiges Eigentum des Bundes an Autobahnen und Straßen sowie an der Infrastrukturgesellschaft Verkehr" gepocht. Der DGB äußerte außerdem Kritik an der nur dreijährigen Frist zum Übergang auf den Bund und den Regelungen zum Personalübergang.

Strafrecht

Härtere Strafen bei Gewalt gegen Einsatzkräfte

Nach der Ankündigung von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD), Angriffe auf Einsatzkräfte von Polizei, Rettungsdiensten und Feuerwehren zukünftig härter zu bestrafen, zeigte sich die GdP über ihren Erfolg erfreut. „Jahr für Jahr mehren sich die Fälle, in denen meine Kolleginnen und Kollegen – häufig aus nichtigem Anlass – im Dienst angegriffen und dabei oft schwer verletzt werden", erklärte der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow, „wir haben das immer wieder dargestellt und auf eine Reaktion der Politik gehofft." Dank der Unterstützung der Innenminister des Saarlandes und Hessens scheine man jetzt am Ziel. Pa-

Foto: shutterstock.de/Marco Aprile

ragraf 113 des Strafgesetzbuches soll verschärft und ausgeweitet werden. Sein besonderer Schutz soll nicht nur bei Vollstreckungshandlungen, sondern im gesamten Dienst von PolizistInnen, Rettungskräften und Feuerwehrleuten greifen.

Rechnungshofberichte

Millionen in den Sand gesetzt

Ganze 53 Millionen Euro hat das Bundesinnenministerium (BMI) bei den „Netzen des Bundes" unnütz ausgegeben. So steht es im Bericht des Bundesrechnungshofes (BRH) vom November. Erst kaufte das BMI für 27 Millionen Euro unter anderem schrankgroße Router. Dann entschied es, die Datennetze doch nicht selbst zu betreiben, sondern extern zu vergeben. Der externe Dienstleister wollte die Geräte nicht übernehmen. Außerdem hat das BMI für 26 Millionen Euro Rechenzentren gemietet. Diese standen weitgehend leer. Ein gesonderter Bericht des BRH deckte zudem Vertuschungen im „Beraterbericht 2013" auf. Die Bundesregierung hatte angegeben, insgesamt 33 Millionen Euro für externe Berater ausgegeben zu haben. Schon eine einzige Stichprobe förderte externe Beratungsaufträge im Umfang von weiteren 33,2 Millionen Euro zu Tage. Das Fazit des BRH: Die Praxis bei externen Beratungen sei potenziell geeignet, die Integrität der Bundesverwaltung zu gefährden.

Beamtenversorgung

Licht und Schatten

Am 1. Dezember hat der Bundestag das Gesetz zur Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften verabschiedet. Damit werden die vom DGB kritisierten Abzüge für BundesbeamtInnen zur weiteren Füllung der Versorgungsrücklage nicht 2017 enden sondern bis 2024 fortgeführt. Zudem wird es eine Aktienquote bis 20 Prozent für die Sondervermögen Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds geben. In diesem Zusammenhang haben SPD und CDU/CSU die Chance vertan, soziale und ökologische Kriterien für Investments festzulegen. Im Beteiligungsverfahren hatte der DGB zuvor eine vom Bundesministerium des Innern geplante Verwaltung der Mittel durch Dritte sowie Abzüge bis zum Jahr 2031 verhindern können. Zwei versorgungsrechtliche Änderungen forderte der DGB seit vielen Jahren und begrüßt diese ausdrücklich. So werden Dienstzeiten vor Vollendung des 17. Lebensjahres künftig als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt und Teilzeitbeschäftigte werden bei der Erfüllung der Wartezeit von fünf Jahren nicht länger diskriminiert. Zukünftig ist hier die Dauer der Dienstzeit und nicht mehr ihr Umfang entscheidend.

Foto: BPA / Jesco Denzel

„Zeitgemäße Cyber-Sicherheitsarchitektur"

Wie kann Cyber-Sicherheit in der öffentlichen Verwaltung gelingen? Dazu haben wir Klaus Vitt, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik, außerdem Vorsitzender des IT-Planungsrates, befragt.

Für die Cyber-Sicherheit ist nicht allein die Technik entscheidend. Einige Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber gehen dazu über, alle Beschäftigten zu schulen. Wie stehen Sie zur Einführung einer gesetzlichen Pflicht, alle Beschäftigten des Bundes bis 1. Januar 2020 an einer IT-Sicherheits-Grundschulung teilnehmen zu lassen, verbunden mit einem Rechtsanspruch der Beschäftigten auf solche Qualifizierungen?

In der Bundesverwaltung ist die Qualifizierung der Mitarbeiter Gegenstand diverser beamtenrechtlicher oder tariflicher Regelungen. Diese Vorgaben werden alle auch gelebt. Insbesondere die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung in Brühl leistet hier eine hervorragende Arbeit und bietet im Bereich Cyber-Sicherheit ein zielgruppengerechtes Schulungsangebot, welches von den Beschäftigten gern angenommen wird. Die Praxis zeigt, dass Standardmaßnahmen, Ausbildung und Schulungen bereits einen erheblichen Beitrag zur Stärkung der IT-Sicherheit leisten. Jedoch müssen wir berücksichtigen, vor allem im Hinblick auf den Klein- und Mittelstand und in den Kommunen, dass dies durchaus auch eine erhebliche Kostenbelastung darstellen kann. Daher wäre es meines Erachtens der weiteren Entwicklung zuträglich, wenn die Politik sich auf eine gezielte Förderung der hier in Rede stehenden Qualifizierungen ohne gesetzliche Verpflichtungen verständigen könnte. Dem Prinzip des ausgewogenen Forderns und Förderns würde dies jedenfalls gut entsprechen.

Die Fachkräfte für die Sicherstellung der IT-Sicherheit in der Verwaltung werden absehbar knapp. In der neuen Cyber-Sicherheitsstrategie der Bundesregierung heißt es, dass beim Thema „Cyber-Sicherheit" „zukünftig private IT-Sicherheitsdienstleister im Bedarfsfall stärker als in anderen Bereichen staatlichen Handelns eingebunden" werden sollen. Wie sieht Ihr Plan für eine digital handlungs- und abwehrfähige Verwaltung aus?

Die Gewährleistung von Freiheit und Sicherheit zählt zu den Kernaufgaben des Staates. Dies gilt auch im Cyber-Raum. Hierzu bedarf es einer zeitgemäßen Cyber-Sicherheitsarchitektur, die die verschiedenen Akteure auf Bundesebene wirksam verzahnt und daneben die Länder, Kommunen und die Wirtschaft im Blick behält. Wesentlich ist, dass im Bedarfsfall Informationen verteilt werden und die Aufgabenwahrnehmung effizient koordiniert wird. Hierfür bietet das Nationale Cyber-Abwehrzentrum auf Bundesebene bereits die entsprechende Struktur. Wir wollen diese Zusammenarbeit intensivieren und auch die Länder in diese Strukturen stärker einbinden. Für die Wirtschaft wollen wir uns weiter öffnen. In Zeiten des IT-Fachkräftemangels haben Staat und Wirtschaft ein Interesse am gegenseitigen Austausch von IT-Fachwissen und der Bildung von Spezialisten-Netzwerken. Die Bundesregierung wird daher gezielt Möglichkeiten zur Förderung kompetenter und vertrauenswürdiger IT-Sicherheitsdienstleister wahrnehmen. Außerdem wollen wir gemeinsam mit Vertretern der deutschen IT-Sicherheitswirtschaft personelle Austauschprogramme im Cyber-Sicherheitsbereich konzipieren und umsetzen.

Im Juni haben Bund und Länder im IT-Planungsrat den Leitfaden „IT-Personal für die öffentliche Verwaltung gewinnen, binden und entwickeln" beschlossen. Darin heißt es: „Die am häufigsten genannte Begründung von Kandidaten, die ihre Bewerbung auf IT-Stellen des öffentlichen Dienstes zurückzogen, ist die zu erwartende Entlohnung." Sind hier für den Bund gemeinsame Initiativen von Ihnen mit Ihrem für das Dienstrecht zuständigen Kollegen zu erwarten?

Der Bund hat bereits 2005 auf die von Ihnen beschriebene Situation reagiert und übertariflich Maßnahmen zur Gewinnung von IT-Fachkräften eingeführt. Um Schwierigkeiten bei der Gewinnung und Bindung qualifizierten Personals entgegenzuwirken, hat der Bund diese finanziellen Anreiz- und Anerkennungsmöglichkeiten in 2009 weiter ausgebaut. Damit kann für Tarifbeschäftigte eine IT-Fachkräftezulage gezahlt werden. Darüber hinaus können bei neu eingestellten Beschäftigten in den oberen Entgeltgruppen Stufen vorweggewährt werden, auch wenn noch keine oder keine einschlägige Berufserfahrung vorliegt. In der letzten Tarifrunde 2016 wurden zudem mehrere generelle Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Bundes als Arbeitgeber vereinbart. Anfang des Jahres hatten wir größere Stellenausschreibungen für das Bundesministerium des Innern zur Gewinnung von IT-Fachkräften und konnten feststellen, dass unsere Maßnahmen greifen. Wir hatten eine gute Auswahl an geeigneten Bewerbern, vor allem im höheren Dienst. Der Bund wird also auch von IT-Fachkräften als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen, und darauf können wir auch ein bisschen stolz sein.

Foto: shutterstock.de/Billion Photos

Baden-Württemberg

iPads raus, Klassenarbeit!

Die GEW Baden-Württemberg hat einen Diskussionsprozess zur Digitalisierung von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen eingeläutet. Und dazu hat sie einen ganzen Katalog von Fragen gestellt: Braucht es ein weiteres Fach zum Beispiel Informatik? Was muss aus schulischer Sicht getan werden, damit Kinder und Jugendliche nicht nur instrumentelle Nutzer digitaler Medien sind, sondern kompetent und kritisch damit umgehen können? Kaum waren diese und andere Fragen, etwa nach dem Sinn des Einsatzes digitaler Medien online, meldeten sich auch KollegInnen mit unterschiedlichen Statements. Diese reichten von einem Plädoyer für Kreide und Schulhefte bis zu einem reflektierten Einsatz digitaler Medien im Unterricht. Auch zu der von der GEW gestellten Frage, welche IT-Ausstattung Schulen brauchen und wie sie diese bekommen, kam schnelle Antwort. Während die meisten SchülerInnen in der Arbeitswelt die Arbeit mit einem Computer warte, habe seine Schule bloß zehn Laptops pro Klassenzimmer, ein instabiles Netzwerk und nicht adäquat ausgebildete Lehrkräfte. „Ich bin sehr frustriert", lautet denn auch das Fazit dieses Lehrers. Viel zu tun für die Bildungsgewerkschaft.

MITDISKUTIEREN
https://is.gd/gew_digi

Bayern

Gegen „Reichsbürger"

Ende November befasste sich der GdP-Landesvorstand in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bundesvorsitzenden Oliver Malchow auch mit der neonazistischen Strömung der „Reichsbürger". Die „Reichsbürger" stellen die Bundesrepublik in Frage und behaupten, das Deutsche Reich bestehe juristisch weiter. Traten sie gegenüber staatlichen Stellen zunächst vor allem als säumige Zahler auf, belästigen sie inzwischen gezielt RichterInnen und BeamtInnen, überziehen sie mit Mahnverfahren für erfundene Forderungen und schrecken auch vor Gewalt nicht zurück. Umso erschreckender, dass unter diesen Faschisten vereinzelt auch Angehörige des öffentlichen Dienstes zu finden sind. Die GdP distanzierte sich in einer Erklärung klar von den „Reichsbürgern". Es gelte, sämtliche rechtsstaatlichen Maßnahmen gegen diese Gegner der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu ergreifen, auch soweit Einzelne dem öffentlichen Dienst angehören.

Berlin

„Solidarisch. Nachhaltig. Weltoffen."

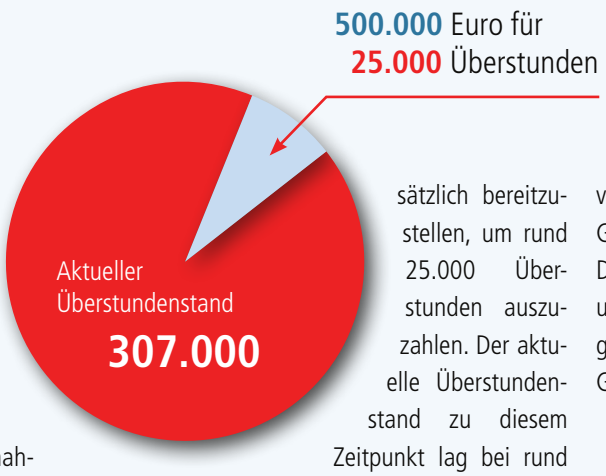
Es war kein gewöhnlicher Wahlkampf in Berlin: Selten waren Themen des öffentlichen Dienstes so dominant. Jahrzehntelange Kürzungen, Warteschlangen und Qualitätsverlust haben die BerlinerInnen zunehmend verärgert. Und so widmet sich die neue Koalition aus SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen in ihrem jüngst vorgelegten Vertrag den Herausforderungen des öffentlichen Sektors. Sie bekennen sich darin dazu, das Personal im öffentlichen Dienst aufzustocken sowie Brunnen, Strom- und Gasnetz und – unter Prüfvorbehalt – auch ehemals bezirkliche Leistungen zu rekommunalisieren. „Gerade angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung ist jetzt die Zeit dafür reif", bekräftigte die DGB-Bezirksvorsitzende Doro Zinke. „Die zwei wichtigsten Herausforderungen des neuen Senats sind, massiv in Infrastruktur und Personal zu investieren und ‚Gute Arbeit' zur Querschnittsaufgabe aller Ressorts zu machen", verdeutlichte Zinke und gab sich optimistisch: „Dafür gibt es gute Ansätze." So einigten sich die Koalitionsparteien darauf, die Beamtenbesoldung bis 2021 stetig dem durchschnittlichen Niveau der übrigen Bundesländer anzupassen. Eine schnelle Angleichung will sie in den unteren Besoldungsgruppen umsetzen. Die Koalition will außerdem die Eingruppierung der Grundschullehrkräfte schrittweise auf A13 anheben.

Brandenburg

„Schluss mit Lustig"

Am 9. November sind tausende KollegInnen dem Protestaufruf von GdP, GEW und IG BAU gefolgt, um gegen Arbeitsüberlastung, schlechte Bezahlung und fehlende Wertschätzung zu demonstrieren. Allein zur zentralen Protestdemonstration in Potsdam kamen 6.000 Menschen. Weitere Lehrkräfte brachten ihren Unmut bei Personalversammlungen in den staatlichen Schulämtern zum Ausdruck. Zugespitzt hatte sich der Konflikt mit der Landesregierung, weil im Sommer die Tarifverhandlungen über die Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Land Brandenburg nach

6.000 Teilnehmende demonstrierten am 9. November in Potsdam gegen den Umgang der Landesregierung mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst.
Foto: GdP Brandenburg



zweieinhalb Jahren gescheitert waren (BM berichtete). Der Protest blieb nicht ohne Wirkung. In einem Spitzengespräch am 21. November signalisierten der Innen- und der Finanzminister, sie seien nun bereit, die brennenden Themen mit konkreten Maßnahmen anzugehen.

Bremen

Fünfhunderttausend

Die Aufregung war groß, als im Oktober Gerüchte kursierten, wonach die Landesregierung sich sperre, Überstunden im Polizeibereich auszuzahlen und dafür zusätzliches Geld zur Verfügung zu stellen. Zahlreiche Gespräche der GdP auf behördlicher und politischer Ebene zeigten Mitte November endlich Wirkung: Der Senat entschied, 500.000 Euro zusätzlich bereitzustellen, um rund 25.000 Überstunden auszuzahlen. Der aktuelle Überstundenstand zu diesem Zeitpunkt lag bei rund 307.000 Stunden. Ungebrochen ist daher das Engagement der Gewerkschaft, Überstunden durch Freizeitausgleich und Ruhephasen auch tatsächlich abbauen zu können.

Hamburg

JA 13!

Was im Stadtstaat an der Spree mit dem neuen Koalitionsvertrag bereits eingeläutet ist, muss an der Alster erst noch erkämpft werden: Die GEW übergab in Hamburg Ende November die Unterschriften von gut 1.500 Grundschullehrkräften an die Schulbehörde. Die klare Nachricht: „Ich habe A13 verdient und will es jetzt auch haben!" Denn trotz gleichlanger Ausbildung werden Lehrkräfte an Grundschulen und in einigen Schularten der Sekundarstufe 1 immer noch eine Besoldungsstufe niedriger bezahlt als die übrigen Lehrkräfte. Grundschullehrkräfte sind zu 90 Prozent Frauen – eine offenkundige Diskriminierung. „Sehr geehrter Herr Senator Rabe, sorgen Sie für gleiches Geld für gleichwertige Arbeit", erklärte Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg bei der Übergabe, „trauen Sie sich, diesen sozialdemokratischen Grundsatz auch für Lehrerinnen und Lehrer umzusetzen!"

» ICH HABE A13 VERDIENT UND WILL ES JETZT AUCH HABEN! «

Hessen

Geld da, Wille fehlt

Im Zuge der Zweiten Lesung des Haushaltsentwurfs 2017 forderte der DGB Hessen-Thüringen Ende November die hessische Landesregierung erneut auf, nicht länger Politik auf dem Rücken der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu machen. „Die jüngsten Zahlen der Steuerschätzung machen die Behauptung der Landesregierung, es sei kein Geld da für die Eins-zu-Eins-Übertragung des Tarifergebnisses auf die hessischen Beamtinnen und Beamten, erneut zunichte", erklärte DGB-Chefin Gabriele Kailing. In Hessen werde ein Teil der BeamtInnen von der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung abgekoppelt. Damit dürfte es schwer werden, junge Menschen für den öffentlichen Dienst zu begeistern. „Die geplante Reduzierung der Wochenarbeitszeit ab 2017 von 42 auf 41 Stunden ist zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung, dieser reicht aber bei weitem nicht aus", so Kailing, „wir fordern daher die sofortige Reduzierung auf eine 40-Stunden-Woche und nicht zuletzt die Rückkehr des Landes in die Tarifgemeinschaft der Länder."

» WIR FORDERN DAHER DIE SOFORTIGE REDUZIERUNG AUF EINE 40-STUNDEN-WOCHE «

Mecklenburg-Vorpommern

Brief von Bus- und Trampersonal

ver.di und die Betriebsräte des Öffentlichen Personennahverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern befürchten massive Einschränkungen von tarifgebundenen Unternehmen. In einem offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des deutschen Bundestages forderten sie Mitte November eine Abschaffung des Vorrangs sogenannter „eigenwirtschaftlicher Verkehre" im Personenbeförderungsgesetz. Wenn eine Kommune den Nahverkehr nicht an ein eigenes Unternehmen überträgt sondern ausschreibt, dann kann sie nach EU-Recht auch Vorgaben zur Qualität und zu sozialen Bedingungen für die Beschäftigten machen, wie etwa die Übernahme der Beschäftigten. Beantragt jedoch ein sogenannter „eigenwirtschaftlicher" Anbieter die Zulassung,

Jeder Cyber-Bedrohung

EINEN SCHRITT VORAUS

Check Point
SOFTWARE TECHNOLOGIES LTD

Hacker verändern ständig ihre Techniken, um unerkannt zu bleiben. Check Points innovative Technologien und leistungsstarker Schutz vor Bedrohungen sorgen dafür, dass Ihre Daten, Ihre Endgeräte und Ihr Netzwerk sicher sind. Für Ihren reibungslosen Geschäftsbetrieb.

Sie sollten Hackern und Cyberbedrohungen immer einen Schritt voraus sein. Vereinbaren Sie noch heute einen **kostenfreien** Sicherheitscheck.

Check Point Software Technologies GmbH
Zeppelinstr. 1 · 85399 Hallbergmoos · Tel: 0811-99821-0
contact-germany@checkpoint.com · www.checkpoint.com

Sanatorium DR. HOLLER

Sanatorium Dr. Holler mit dem ganzheitlichen Ansatz...

„Weil wir den Menschen ganzheitlich sehen, behandeln wir ihn auch so", nach diesem Leitmotto erfolgt die Behandlung und Betreuung im Sanatorium Dr. Holler.

Das kompetente Ärzte-Team und die bestens geschulten, langjährig tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nehmen sich im Sanatorium Dr. Holler viel Zeit, um auf die persönlichen Wünsche der Gäste einzugehen. Für jeden Gast wird ein individueller Behandlungsplan erstellt, der, je nach Indikation, modernste Schulmedizin, homöopathische oder naturheilkundliche Behandlungsverfahren, beinhaltet.
Mehr Informationen finden Sie unter:
www.sanatorium-holler.de

der dank Dumpinglöhnen mit den Fahrkarteneinnahmen und ohne öffentliche Zuschüsse auskommt, dann muss ein Vergabeverfahren abgebrochen und ihm der Zuschlag erteilt werden. Damit werden alle Vorgaben zum Arbeitnehmerschutz im Ausschreibungsverfahren unwirksam.

Niedersachsen

IT. Klar.

Die niedersächsischen Regierungsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben einen Entschließungsantrag zur Digitalisierung der Verwaltung in den Landtag eingebracht. Er erwähnt zwar Themen wie mobile Arbeit und Telearbeit, die Gewerkschaften vermissen jedoch Aussagen dazu, wie dies im Sinne „Guter Arbeit" ausgestaltet wird. „Schon seit einiger Zeit ist festzustellen, dass viele Beschäftigte mit den Auswirkungen der rasanten Veränderung physisch und psychisch stark belastet sind", erklärte der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff, „insbesondere in der Digitalisierungsoffensive der Polizei müssen die persönlichen Belange der Beschäftigten intensiver beachtet werden müssen." Eine menschengerechte Gestaltung der digitalen Arbeit sucht man auch in der neuen IT-Strategie der Landesregierung vergeblich. Einzig die Beschäftigungsbedingungen der IT-Fachkräfte werden vor dem Hintergrund der Konkurrenz mit der Privatwirtschaft angesprochen. Das Land will IT-Nachwuchskräfte frühzeitig an sich binden, etwa durch duale Ausbildungs- bzw. Studiengänge oder eine Stipendienunterstützung.

Foto: istockphoto.de/Yakobchuk

Nordrhein-Westfalen

Einig bei Personalaufbau – Absage bei Arbeitszeit

„Nach jahrelangen Kürzungen im öffentlichen Dienst hat die Landesregierung einen neuen Kurs eingeschlagen", erklärte der DGB-Bezirksvorsitzende Andreas Meyer-Lauber zur Eröffnung der Landespersonalrätekonferenz Anfang November in Kamen, „dies ist vor allem der beharrlichen Arbeit der Gewerkschaften und dem Engagement ihrer Personalräte zu verdanken." Aufgrund des gemeinsamen Protestes seien massive Verschlechterungen im Personalvertretungsgesetz zurückgenommen und weitreichende finanzielle Sonderopfer der BeamtInnen verhindert worden. „Zudem konnten wir in Verhandlungen mit der Landesregierung eine regelmäßige Erhöhung der Beamtenbesoldung durchsetzen", so Meyer-Lauber. Trotz dieser Erfolge gebe es für die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst weiterhin viel zu tun. „Auch wenn die amtierende Landesregierung erkannt hat, dass Sparen auf dem Rücken des Personals der falsche Weg zur Konsolidierung des Landeshaushaltes ist, muss noch viel geschehen, um die Fehler der Vergangenheit zu beseitigen und für die Herausforderungen der Zukunft gut aufgestellt zu sein", so der DGB-Chef. „Diese Landesregierung ist mit den Gewerkschaften auf einer Linie, wenn es darum geht, genügend Personal vorzuhalten", erklärte NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD), „das haben wir in vielen Bereichen, wie der Polizei oder bei den Bezirksregierungen, in den letzten Jahren unter Beweis gestellt. Wir stellen zusätzliches Personal ein und bilden mehr Nachwuchskräfte aus." Eine klare Absage erteilte er der Forderung nach einer Reduzierung der Arbeitszeit der BeamtInnen.

Foto: shutterstock.de/Graphic Compressor

Rheinland-Pfalz

Schuldenbremse = Zukunftsbremse

„Die Schuldenbremse wird zur Investitions- und damit zur Zukunftsbremse", kommentiert Dietmar Muscheid, Vorsitzender DGB Rheinland-Pfalz/Saarland, den Entwurf zum rheinland-pfälzischen Doppelhaushalt 2017/2018. Aus der Sparpolitik in Bund und Ländern folge ein enormer Investitionsstau, der sich nicht erst in der Zukunft negativ auswirke. Besonders schmerzhaft sei die Schuldenbremse angesichts der geplanten Stellenstreichungen im Landesdienst. „Die Folgen der Kürzungen strahlen in alle Bereiche aus", so Muscheid, „weil qualifiziertes Personal fehlt und zusätzlich Stellen abgebaut werden, wird etwa auch die Umsetzung geplanter Infrastrukturinvestitionen stocken." Klar sei, so Muscheid, dass wenn Stellen wegfallen, ebenso Aufgaben wegfallen müssen. „Es ist nicht möglich, dass immer weniger Personal die gleichbleibende oder sogar eine steigende Aufgabenlast stemmt", sagte er. Gerade in den Bereichen Bildung und innere Sicherheit brauche es einen deutlichen Personalaufbau. Im Koalitionsvertrag hatten SPD, FDP und Grüne vereinbart, dass im rheinland-pfälzischen Landesdienst bis 2020 rund 2.000 Stellen abgebaut werden sollen.

Nutzen Sie Ihren Status im öffentlichen Dienst für Ihre finanzielle Freiheit

Beamtendarlehen mit Top-Konditionen

für Beamte, Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker

- ✓ Darlehen bis 60.000 EUR
- ✓ lange Laufzeiten von 12, 15 oder 20 Jahren – dadurch niedrige monatliche Belastung
- ✓ Zinsgarantie über die gesamte Laufzeit
- ✓ sofortige Darlehenstilgung im Todesfall durch Comfort-Rentenversicherung (in der monatlichen Rate inbegriffen)
- ✓ freier Verwendungszweck: auch zur Umschuldung laufender Ratenkredite
- ✓ unkomplizierte Abwicklung und schnelle Auszahlung

Jetzt Angebot anfordern:

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG
Ostendstr. 100, 90334 Nürnberg
Telefon: 0911 531-4871, Telefax: 0911 531-3457
MBoeD@nuernberger.de

INFO-SERVICE
Öffentlicher Dienst/Beamte

INFO-SERVICE
Schulstr. 30 c
67125 Dannstadt-Schauernheim

UNSER ANGEBOT – IHR VORTEIL

– Anzeige –

Betreutes Wohnen nach Ihren Wünschen
Unsere Seniorenresidenzen setzen bundesweit anspruchsvolle Standards für das altersgerechte Wohnen.

www.augustinum.de

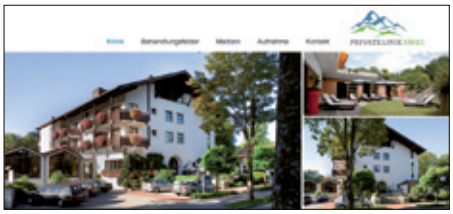
Haut- und Atemwegserkrankungen
Sonne – Wind – Meer und das Fachklinikum Borkum sind Garant für Ihre Gesundheit.

www.fachklinikum-borkum.de

Psychosomatische Reha für Mütter mit Begleitkind
Rehabilitationsmaßnahmen für Frauen mit einer psychosomatischen Erkrankung (individuelles Therapieprogramm). Mit Begleitkindern.

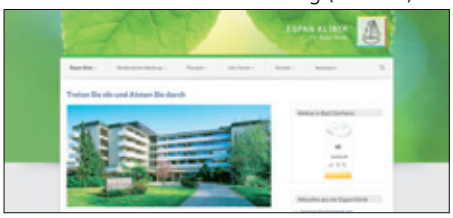
www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de

Privatklinik Eberl in Bad Tölz
In traumhafter Alpenkulisse eine Auszeit von der Hektik des Alltags nehmen und Körper und Geist wieder aufleben lassen.



www.privatklinik-eberl.de

Espan Klinik mit Haus ANNA
Fachklinik für Erkrankungen der Atmungsorgane
Klinik für Anschlussheilbehandlung (AHB/AR)



www.espan-klinik.de

Interesse an dieser attraktiven Werbeform? Sprechen Sie uns an:
0211 72134571 oder per Mail: kontakt@marketing-oeffentlicher-dienst.de

Saarland

Tarifbewegung „Entlastung" nimmt Fahrt auf

ver.di hat alle 21 Krankenhäuser des Saarlandes zu Verhandlungen über einen Tarifvertrag aufgefordert, der mehr Personal, verlässliche Arbeitszeiten und einen Belastungsausgleich vorsieht. Die Krankenhausbeschäftigten wollen nicht länger hinnehmen, dass ihre Arbeitgeber – darunter kommunale, freigemeinnützige, kirchliche und universitäre Träger – die Folgen der Personalnot in den Krankenhäusern seit Jahren ignorieren. Bundesweit fehlen nach ver.di-Berechnungen 162.000 Stellen in Krankenhäusern. In allen Berufsgruppen der Krankenhäuser sei mehr Personal nötig, um eine gute Versorgung der Patienten gewährleisten zu können, allein in der Pflege fehlen 70.000 Stellen. ver.di hält gleichzeitig zu seiner Tarifbewegung daran fest, dass es Aufgabe der Politik ist, mit einer gesetzlichen Personalbemessung für genug Personal für eine sichere Versorgung der Patienten zu sorgen. „In vielen Kliniken kann die Versorgung nur noch gewährleistet werden, weil die Beschäftigten alles aus sich raus holen", so Sylvia Bühler, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands, „das geht nur auf Kosten der eigenen Gesundheit."

Sachsen

Maßnahmenpaket zurück an Absender

Die Staatsregierung hat ein „Maßnahmenpaket zur Lehrerversorgung" verabschiedet. Es sieht unter anderem höhere Einstiegsgehälter an der Oberschule und finanzielle Anreize für Lehrkräfte in Mangelregionen und Mangelfächern vor. Um ältere LehrerInnen länger im Schuldienst zu halten, gibt es nach Angaben des Bildungsministeriums zudem die Möglichkeit, mehr Geld zu verdienen und weniger Stunden zu unterrichten. Das Maßnahmenpaket sehe auch die Qualifizierung von Seiteneinsteigern und deren bessere Bezahlung vor. Zweitausend demonstrierende LehrerInnen machten am 9. November mit einer kurzfristig organisierten Aktion vor dem sächsischen Landtag deutlich, dass sie das Maßnahmenpaket für ungerecht und völlig unzureichend halten. Die GEW hatte kritisiert, dass die Maßnahmen darauf ausgerichtet seien, den Belastungsdruck an den Schulen weiter zu erhöhen. Eine Anerkennung der Arbeit aller LehrerInnen sei fällig. Stattdessen würden die vorgesehenen finanziellen Zulagen an den Schulen neue Verwerfungen schaffen.

Protest vor dem Sächsischen Landtag: Am 9. November machten Lehrkräfte in Dresden klar, dass sie das Maßnahmenpaket der Landesregierung ablehnen. Foto: GEW Sachsen

Sachsen-Anhalt

Mit den Lehrkräften geht auch die Sprachförderung

Von den derzeit 230 befristet eingestellten Sprachförderlehrkräften werden ab Januar 2017 offenbar nur 83 einen Anschlussvertrag erhalten. Auf diese Zahl einigte sich die schwarz-rote Koalition. Die GEW kritisierte, eine sichere und verantwortungsvolle Planung und sinnvolle Unterrichtsorganisation sehe anders aus. Die Schulen hätten keine Kenntnis über den Wegfall des Sprachunterrichtes. „Schon jetzt kann der Bildungsminister keine ausreichende Unterrichtsversorgung gewährleisten", erklärte die GEW-Vorsitzende Eva Gerth, „mit dem rigiden Abbau der Sprachlehrkräfte ist an den betroffenen Schulen das Chaos vorprogrammiert."

Schleswig-Holstein

Versorgungsrechner online

Mitte November hat im nördlichsten Bundesland der Online-Versorgungsrechner seinen Dienst aufgenommen. Alle BeamtInnen des Landes können damit ihre individuellen späteren Versorgungsansprüche ausrechnen. Dem Rechner liegt das Besoldungs- und Versorgungsrecht des Landes zu Grunde. Mit dem Rechner lässt sich auch testen, wie sich zum Beispiel eine Teilzeit auf die Versorgungsansprüche auswirken würde. Der Online-Service geht auf die Kritik des DGB an den schlechten Möglichkeiten der Versorgungsauskunft zurück. Das Ergebnis ist unverbindlich. Ein Rechtsanspruch auf eine verbindliche Versorgungsauskunft wird ab dem 1. Juli 2017 in Kraft treten.

Thüringen

Erfolg bei funktionsgerechter Bezahlung

Nachdem das Bundesarbeitsgericht einer als ständige Vertreterin des Schulleiters angestellten Lehrerin rückwirkend die Eingruppierung in die Entgeltgruppe E 14 zugesprochen hat, forderte die GEW eine Übertragung auf Funktionsämter an den 800 staatlichen Schulen. Die klagende Pädagogin hatte zwar die Aufgaben einer Schulleiterin erfüllt, wurde aber jahrelang lediglich wie eine Lehrerin bezahlt. Im konkreten Fall macht das eine Gehaltsdifferenz in Höhe von ca. 900 Euro brutto pro Monat aus. Mit dem Urteil, das mit dem Rechtsschutz der GEW Thüringen erkämpft wurde, sieht sich die Gewerkschaft auf einem guten Weg im Bemühen um eine funktionsgerechte Bezahlung. Sie forderte Angestellte bestellte SchulleiterInnen und deren ständige VertreterInnen auf, ihre Ansprüche auf Eingruppierung und Vergütung aus der höherwertigen Tätigkeit geltend zu machen.

Fachtag: 12 Jahre BEM

Status quo und Ausblick

Am 20. Februar 2017 wird das Projekt RE-BEM des DGB-Bildungswerks die wissenschaftlichen Ergebnisse seiner Befragung und Sekundäranalyse in Berlin vorstellen. Das Projekt hat das Ziel, zukünftig die Entwicklung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) in den Betrieben passgenauer und damit effizienter steuern zu können. Mehr als 2.000 Teilnehmende haben in diesem Frühjahr zum BEM in ihrem Betrieb Auskunft gegeben (BM berichtete). Acht Studien und Projekte aus den Vorjahren gehen zusätzlich in die Datenbasis ein. Die Ergebnisse werden diskutiert und mit der Realität in Betrieben und Behörden verzahnt. Informationen zum Fachtag finden sich auf der Website www.re-bem.de. Eine Teilnahmegebühr wird nicht erhoben. Reise- und Übernachtungskosten werden nicht übernommen. Schon jetzt Interesse? Dann können Sie ab sofort eine Mail schicken an anja.becker@dgb-bildungswerk.de.

Foto: istockphoto.de/smartboy10

E-Akte: Personalrätebefragung!

Bis 2020 wird die E-Akte flächendeckend in der Bundesverwaltung eingeführt. Sie legt den Grundstein für die durchgängig elektronische Vorgangsbearbeitung. Die Tragweite dieser Veränderungen in der Arbeitskultur machen eine frühzeitige Einbindung der Personalvertretungen, ein intensives „Change Management" sowie frühzeitige und passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen notwendig. Doch wie steht es drei Jahre vor der Ziellinie um die Möglichkeit, Anregungen und Bedenken der Beschäftigten in den Planungsprozess nicht nur einzubringen, sondern damit auch Gehör zu finden? Zur Klärung dieser Frage haben DGB und dbb eine Studie in Auftrag gegeben. Sie wendet sich an Personalvertretungen und erfragt deren Erfahrungen und Erwartungen. Der Fragebogen kann zwischen dem 1. und 14. Dezember 2016 unter www.umfrage.ifib.de/e-akte anonym ausgefüllt werden.

Neu bei ver.di

Foto: dp

Nils Kammradt

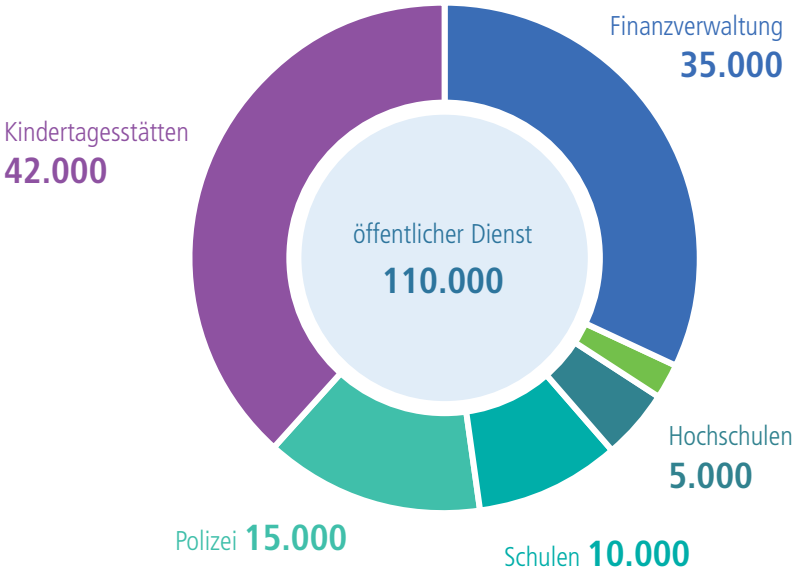
Seit 1. November ist Nils Kammradt Leiter des Fachbereichs Bund und Länder sowie des Bereichs Beamtinnen und Beamte und folgt damit Klaus Weber nach. Zuvor war er Leiter des Parlamentarischen Verbindungsbüros der GEW und Abteilungsleiter Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik im DGB. Der DGB gratuliert Kammradt zu seiner neuen Aufgabe und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Zahlen, Daten, Fakten

Erhebliche personelle Mehrbedarfe

Derzeit hat der öffentliche Dienst in Deutschland einen Mehrbedarf von mindestens 110.000 Vollzeitstellen. Das ermittelte Dieter Vesper in seiner neuen Studie „Aktuelle Entwicklungstendenzen und zukünftiger Personalbedarf im öffentlichen Dienst" für das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung. Zwar sei parallel zur Verbesserung der Haushaltslage in jüngerer Zeit eine Trendwende bei der Personalausstattung zu verzeichnen, diese reiche aber längst nicht aus. Mittelfristig sind dafür laut Vesper Mehrausgaben in Höhe von jährlich 6 Milliarden Euro zu veranschlagen.

So viele Vollzeitstellen fehlen im Bereich …



Quelle: Vesper 2016, Hans-Böckler-Stiftung

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungsanalyse für Frauen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:

- ✔ **mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können**
- ✔ **wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben**
- ✔ **wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren**

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen:
FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de oder Telefon 0800 292 22 74.

Eine Marke der AXA Gruppe

– Anzeige –

Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst

Unser Angebot – Ihr Vorteil

RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

. . . Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst***

. . . Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern***

. . . Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern***

. . . Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). * Im AboService nur 5,00 Euro.

Bestellungen:

Noch schneller geht es online unter: **www.d-b-w.de**

Bestellung

per E-Mail: info@d-b-w.de
per Telefon: 0211 7300335
per Telefax: 0211 7300275
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.
Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: **www.d-b-w.de**

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:** Konto-Nummer BLZ Bank

Unterschrift

Stiftung Warentest
Finanztest
Sehr gut (1,2)
Tarif B501 für Beamte
Im Test: 24 Angebote für Beamte
Ausgabe 05/2014
www.test.de
14BZ76

Private Krankenversicherung

Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge für Beamte

Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: aktuell bis zu vier Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem ersten leistungsfreien Kalenderjahr – Beamtenanwärter erhalten sogar bis zu sechs Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

Wir beraten Sie gerne:
Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter www.HUK.de.
Oder rufen Sie direkt an: Telefon 0800 215315401.

DEUTSCHER PERSONALRÄTE PREIS • 2017
BUND VERLAG
Der Personalrat
HUK-COBURG

HUK-COBURG
Aus Tradition günstig